

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblattausgabe“ Nr. 660-34.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: M. 37.—, in den Ausgabestellen: M. 38.—, durch die Träger ins Haus gebracht M. 48.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entrichteten Entgelts.

Anzeigenpreise: Erstmalige Anzeigen M. 7.—, Anzeigen und Fortsetzungen M. 10.—, auswärtsige Anzeigen M. 10.—, fortgesetzte Anzeigen M. 20.—, auswärtsige Anzeigen M. 25.— für die einseitige Anzeigenspalte oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechender Nachzahlung. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Büchlerstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Donnerstag, 17. August 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 381. • 70. Jahrgang.

Währung und Wirtschaft.

Die Nachricht, daß der Dollar den Kurs von tausend Mark überschritten hat, hat bis in die breiten Massen des deutschen Volkes hinein wie ein Blühschlag gewirkt, der unsere furchterliche Lage erhellt. Unsere Lage ist mit Recht als ein nationales Unglück angesehen und gewertet worden. In der französischen Presse hat man der Verwunderung Ausdruck gegeben, daß der Ausgang der Londoner Konferenz in Deutschland verhältnismäßig geringes Aufsehen erregt und daß man sich nicht allzusehr über die Uneinigkeit in der Entente gestreut habe. Tatsächlich hat der furchterliche Marksturz die Gedanken des deutschen Volkes so vollkommen in Anspruch genommen, daß die außenpolitische Seite des Vorgangs ganz in den Hintergrund getreten ist. Man hat in Deutschland viel zu viel mit der eigenen Not zu tun, als daß man noch Zeit finden könnte, sich über die französischen-englischen Auseinandersetzungen zu freuen. Frankreichs hartnäckiges Festhalten an der Forderung der „produktiven Pfänder“ hat in London das Zustandekommen des Moratoriums unmöglich gemacht und hat dadurch die Mark ins Uferlose hinabsinken lassen. Darum ist der Meinungsstreit, der sich neuerdings in der französischen Presse darüber entsponnen hat, ob die deutsche Regierung oder die französische und englische Finanz durch Abstoßen ihres Markbesitzes die Sintflut veranlaßt, die die deutsche Mark in den Abgrund gerissen hat, vollkommen müßig. Die Dollarhaufe an der Berliner und die Markhaufe an der Londoner und New Yorker Börse sind beides nur Folgewirkungen der Politik Poincarés.

Uns Deutschen ist freilich jetzt das Hemd näher als der Rock. Uns kümmert die herannahende Weltkatastrophe nicht mehr, sondern nur noch unser eigener Kampf um die nackte Existenz. Das Unheil, das diesmal über die Mark gekommen ist, ist mit den früheren Markstürzen nicht mehr zu vergleichen. Diese Währungskatastrophe muß eine Wirtschaftskatastrophe im Gefolge haben. Zunächst wird die allgemeine Teuerung, in deren Zeichen unser Wirtschaftsleben schon längst steht, unter dem Druck der Preisgestaltung der unentbehrlichen Einfuhrwaren einen Anfang annehmen, der die Grundlagen unserer Produktion revolutionieren muß. Schon begnügen sich die Spitzenverbände der Arbeitnehmer — Arbeiter, Angestellte und Beamte — nicht mehr mit der Forderung gewaltiger Lohnerhöhungen. Auch daß die Beamten Gehaltserhöhungen verlangen, verlangen müssen, die alle Haushaltspläne über den Haufen werfen, die ein Loch in die Reichsfinanzen reißen, an dessen Zuspaltung man nicht mehr zu denken wagt, ist nicht das Schlimmste, was uns im Augenblick bewegt. Die Umwälzung der Währungsgrundlagen, die wir in den letzten Wochen erlebt haben, stellt uns vor noch viel tiefere und schwieriger Probleme. Die Marktentwertung im heutigen Ausmaß muß in bezug auf unsere Nahrungs- und Rohstoffeinfuhr Wirkungen auslösen, die einer Blockade unserer Landesgrenzen gleichkommen. Wir müssen unsere Wirtschaft auf den Verzicht des größten Teiles unserer Einfuhr umstellen. In diesem Sinne ist es auch zu verstehen, wenn die gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Bekämpfung der Teuerung eine der Blockadewirtschaft während des Krieges entsprechende Einschränkung der freien Wirtschaft und eine teilweise Rückkehr zur Zwangsbewirtschaftung verlangt haben. Die hier zu Grunde liegende Auffassung, daß mit Erhöhungen der Löhne und Gehälter die Lage für die deutschen Lohnempfänger nicht mehr zu retten ist, ist begreiflich. Ob der vorgeschlagene Weg zum Ziele führt, ob man in der Tat zu einer freiwilligen Blockade, zu einer Erdrückung jeder irgend entbehrlichen Einfuhr übergehen muß, bedarf natürlich eingehender Beratungen der Politiker und vor allen Dingen des Wirtschafts- und unserer Wirtschaftsvertretungen. Selbst der Gegner jeder Zwangswirtschaft muß grundsätzlich zugeben, daß wie eine kriegerische so auch jede andere Katastrophe, die völlig anormale Zustände schafft, auch besondere Maßnahmen begründet. Schon sehen sich zahlreiche deutsche Textilfabriken gezwungen, ihre Betriebe einzuschränken, weil ihnen angesichts der Phantastikpreise, die heute die einzuführenden Rohstoffe, Wolle und Baumwolle, erreicht haben, das Kapital fehlt und das Risiko zu kolossal ist, um im bisherigen Umfange weiter produzieren zu können. Kein Wirtschaftsfachverständiger kann mehr im Zweifel darüber sein, daß tiefgreifende Maßnahmen notwendig sind, um zu verhindern, daß unser Währungs- und Wirtschaftszusammenbruch, die ganze deutsche Wirtschaft in Trümmer stürzt, wodurch in politischer wie in sozialer Hinsicht chaotische Zustände hervorgerufen werden würden. Es ist klar, daß man angesichts dieser der

Gesamtheit drohenden Lebensgefahr den grundsätzlichen Streit zwischen freier und gebundener Wirtschaft nicht austragen darf.

Reichskanzler Dr. Wirth hat in einer Erklärung an die ausländischen Pressevertreter die schwere Not des deutschen Volkes mit erschütternden Worten geschildert. Gleichzeitig hat er eine ausführliche Antwort auf die Anfragen des französischen Ministerpräsidenten Poincaré erteilt und den Standpunkt der deutschen Regierung vor aller Welt auf das entschiedenste klargestellt. Das Reichskabinett hat sich mit vollem Recht in seiner ersten Sitzung nach dem Aufhellen der Londoner Konferenz mehr noch als mit der außenpolitischen Lage mit den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Währungsrevolution beschäftigt, in die wir nunmehr unrettbar verstrickt sind. Auch die Reichsregierung hat sich bereits ernstlich mit dem neuen Wirtschaftsprogramm der gewerkschaftlichen Spitzenverbände befaßt. Gibt es einen besseren Beweis dafür, daß die deutsche Regierung — weit entfernt, den Marksturz zu wünschen oder ihn zu fördern, wie ihr ja die Franzosen vorwerfen — in diesem ein schweres Unglück sieht, das Deutschland betroffen hat und das ihr dringlicher der Beratung wert erscheint als Ententezwietracht, Moratorium und produktive Pfänder? Für das deutsche Volk ist jetzt die erste Sorge die, zu verhindern, daß unsere Wirtschaft und unsere Produktion das Schicksal der Mark teilen müssen!

Der Reichskanzler über die Wirtschaftslage.

W. T. B. London, 16. Aug. „Daily Chronicle“ veröffentlicht eine Unterredung eines Berliner Berichterstatters mit dem Reichskanzler Wirth. Der Reichskanzler begann mit der Erklärung, daß, obwohl keine übertriebenen Hoffnungen auf die Londoner Konferenz gesetzt werden können, doch niemand ein solches Ergebnis erwartet habe. Wenn die Londoner Konferenz mit einem Sieg des französischen Standpunktes geendet hätte, hätte sie, wie angenommen werden könne, das Ende der deutschen Währungsbedröhung bedeutet. Das Ergebnis der Konferenz sei jedoch eine Katastrophe. Deutschland habe keinesfalls die Absicht, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, und zum Nachweis dafür habe Deutschland abseits unter den äußersten Schwierigkeiten, gegen eine Summe von 500 000 Pfund Sterling von dem Betrag der getrennt fallenden 2 Millionen Pfund Sterling bezahlt. Wirth sagte:

Wie sind bereit, zu zahlen.

Im Verhältnis zu unserer Zahlungsfähigkeit. Diese Zahlungsfähigkeit nimmt von Tag zu Tag ab und der Augenblick des Zusammenbruchs der Mark bedeutet ihre weitere Verminderung. Diese Tat politischer Gewalt erschüttert die Wirtschaftslage von ganz Europa. Aber die künftige Politik der deutschen Regierung befragt, erklärte der Kanzler: Während der allerersten Monate können wir unsere Verpflichtungen nur so weit durchführen, als es die Sicherung der Brotversorgung und die Existenz unseres Volkes zuläßt.

Es ist Brot für das Volk, dann Wiederherstellung.

Was wirtschaftlich unmöglich ist, muß von selbst zusammenbrechen.

Zu der Frage des Moratoriums erklärte der Kanzler: Es hätte wenn es von praktischem Wert sein soll, sich auf viele Monate erstrecken müssen. Sechs Monate wären vor kurzer Zeit noch ganz wirksam gewesen. Mit dem Wenden der Mark wird das Moratorium immer weniger nützlich. Der Reichskanzler berührte sodann die Frage, wie die gegen die deutsche Regierung wegen der Kapitalkucht

aus Deutschland erhoben würden, und wies darauf hin, daß die Kapitalkucht eine internationale Frage sei. Der beste Weg, die Abfuhr des Kapitals aus einem Lande zu verhindern, sei, es der Mühe wert zu machen, das Kapital im Lande zu behalten. Was wir brauchen, erklärte Wirth zum Schluß, ist Vertrauen. Diese augenblickliche Katastrophe der Mark beruht hauptsächlich auf der Furcht, daß Frankreich Deutschland nach dem Leben trachte. Soll Deutschland nicht leben dürfen? Geben wir den Deutschen

Der Zusammenbruch Deutschlands

würde ohne Beispiel dastehen, und nichts würde damit verglichen werden können. Aber wenn der gute Wille da ist, dann kann Europa und Deutschland noch gerettet werden.

Das Echo in der englischen Presse.

W. T. B. London, 16. Aug. Die Abendpresse bringt in Spektakelreichem die Worte: „Es ist Brot für das Volk, dann Reparationen“ und weist beider auf den unerbötigen Sturz der Mark und das häßliche Schicksal der Welt in Deutschland hin. „Ball Mail and Globe“ sagt: „Gewaltmaßnahmen werden nur einen moralischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch in Deutschland herbeiführen und den Ausbruch des Bolschewismus und eine Erneuerung der Krisenbedingungen in ganz Mitteleuropa zur Folge haben.“

„Daily Express“ schreibt: Frankreich würde außerstande sein, selbst wirtschaftliche Strafmassnahmen gegenüber Deutschland zu erzwängen, ohne dabei den Friedensvertrag von Versailles zu verletzen.

Auch „Westminster Gazette“ schreibt: Poincaré könne keine beachtliche unabhängige Aktion nicht zur Ausführung bringen, ohne den Friedensvertrag auf den sich alle Forderungen Frankreichs gründen, in Stücke zu reißen.

„Times“ erklärt: Wir hoffen und glauben, daß die französische Regierung keine nicht wieder ausmachenden Entscheidungen treffen wird, die die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern ernstlich beeinträchtigen würden.

Dr. Wirth gegen Poincaré.

Dr. Berlin, 17. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichskanzler Dr. Wirth empfing gestern Abend eine Anzahl Vertreter ausländischer Zeitungen und erklärte ihnen über den Stand des Reparationsproblems u. a. folgendes:

Die Konferenz in London

ist unter Umständen zu Ende gegangen, die nicht nur die dringendste Klärung der europäischen Lage gebracht hätten, sondern vielmehr eine noch größere Unsicherheit auslösten, wie sie vorher bestanden hat. Vor der ersten Rote der französischen Regierung vom 16. 7. 22 stand der Dollar noch auf 450, nachher stieg er bis auf 800. Nach der zweiten Rote vom 5. 8. 22 stieg er auf 900 und nach dem ergebnislosen Abbruch der Londoner Konferenz auf 1050. Diese Zahlen zeigen die wirklichen Gründe für den Marksturz. Wenn der französische Ministerpräsident demgegenüber in seiner Rede in London verlautete, Deutschland die Schuld an dem Marksturz zuzuschreiben und behauptet, Deutschland habe den Beweis geliefert, daß es eine systematische Entwertung der Mark verfolge, so wird er weniger außerhalb der Grenzen Frankreichs finden, die ihm das glauben und auch in Frankreich gibt es viele Einseitige, die solche unwahrscheinlichen Behauptungen nicht mehr ernst nehmen. Hat doch selbst der „Temps“ vor wenigen Wochen festgestellt, daß die deutsche Regierung erst vor kurzem eine ernsthafte Anstrengung gemacht hat, um die Mark zu befestigen. Allerdings knüpft der „Temps“ daran die Bedingung, daß die deutsche Regierung zu dieser Stützungsaktion unbedingterweise Devisen verwenden solle, die sie der Reparationskommission entzogen hat.

Welche Folgen dieser Marksturz für Deutschland hatte, liegt auf der Hand. Weitere Verleumdung breiter Volksmassen, Zerstörung des Budgetgleichgewichts, Abschwächung der nötigen Lebensmittel und Rohstoffeinfuhr und Verlust der Lagerbestände, Verarmungsanbrüche der Massen, Verhinderung jeder Regierungsaktivität und speziell für die deutsche Industrie Vernichtung des Betriebskapitals und Erlahmen der Produktion.

Daß angesichts dieser Folgen eine Regierung oder die Führer der Privatwirtschaft auf den Sturz der Mark hinarbeiten sollten, ist so unmöglich, daß der französische Ministerpräsident damit bei niemanden, der die Wahrheit sehen will, Glauben finden wird. Er hat bei dieser Gelegenheit auch behauptet, Deutschland habe der Internationalen ein Anleihen von 4 Milliarden Mark angeboten. Daran ist kein wahres Wort. Weder von der deutschen Regierung, noch von der Reichsbank, noch von den deutschen Banken, die für ein so großes Finanzgeschäft in Betracht kommen könnten, ist ein solches Angebot gemacht worden. An keiner dieser Stellen ist auch nur von Verhandlungen darüber irgend etwas bekannt.

Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß

Deutschland Banken in Dänemark, Rumänien und

Holland gegründet

habe mit der Absicht, den Verkehr der Mark im Auslande zu erleichtern. In Dänemark und Rumänien sind von deutscher Seite Banken nicht gegründet worden, und wenn die deutsche Finanzwelt sich in Holland an einigen Bankunternehmungen beteiligt hat, so lag für Deutschland einfach der Zwang vor, nachdem es 6 Jahre von dem Wirtschaftsverkehr mit dem Auslande abgeschnitten war und seine Bankverbindungen in den Ländern der Alliierten liquidiert und geschlossen worden waren, auf diesem Wege den Anschluß an die internationale Wirtschaft wiederherzustellen. Wenn die deutsche Regierung die allseitige Abfuhr gehabt hätte, durch einen systematischen Verkauf im Auslande den Marksturz zu verhindern, so wäre es recht nahe gewesen, dies durch die zu diesem Zweck besonders errichteten Auslandsbanken zu tun. Wenn der französische Ministerpräsident behauptet, Frankreich brauche eine

Beteiligung von 60 Prozent an der deutschen Gemischen

Industrie,

um die Herstellung von Giftgasen zu verhindern, so muß demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß der Friedensvertrag den alliierten Mächten Möglichkeiten genug gibt, diese Betriebe daraufhin zu kontrollieren, daß keine Giftgas hergestellt werden, und daß von dieser Kontrollmöglichkeit wahrhaftig mehr als genug Gebrauch gemacht wird. Diese Behauptung ist einfach der Vorwand dafür, daß man in das Geschäftsbereich der deutschen Industrie eindringen und ihre Konkurrenz beseitigen wolle. Um dieses Ziel zu erreichen, wird auch vor dem sonst so heilig gehaltenen Privatrecht nicht Halt gemacht, dessen Nichtanerkennung man anderen Ländern als ein Verbrechen gegen die europäische Zivilisation anrechnet.

Herr Poincaré hat es abgelehnt, zur Entscheidung einer juristischen Streitfrage, wie dies Herr Lord George vorgeschlagen, den Völkerbund anzurufen. Wieweil zurufen kann das deutsche Volk an der Unparteilichkeit eines Völkerbundes haben, dem der französische Ministerpräsident selbst die Autorität zur Entscheidung abirrt, weil in ihm neutrale Mächte vertreten sind? Heute ist die Mark auf 1000 ihres Friedenswertes gesunken. Diese Tatsache macht es unmöglich, für Barzahlungen an die Alliierten Auslandszahlungsmittel auf dem Devisenmarkt einzulösen. Hätte London zu einem vernünftigen Ergebnis und zu dem unumgänglichen Moratorium geführt, dann könnte der Dollar heute nicht auf 1050, sondern vielleicht wieder auf 400 oder auf 500, und

das Vertrauen der Welt in die deutsche Kreditfähigkeit

wäre teilweise wiederhergestellt. Nun aber ist auch zunächst die internationale Anleihe erschlagen, die allein Frankreich schnell in den Besitz großer Barmittel hätte bringen können. Durch eine solche Politik schließt Frankreich das Ziel, von Deutschland Barzahlungen zu erhalten, immer weiter hinaus. Nach den negativen Ergebnissen der letzten drei Jahre hat der französische Ministerpräsident den Beweis erbracht, daß mit Drohungen und wirtschaftlicher Vernichtung das gesamte europäische Problem nicht gelöst werden kann, unter dessen Druck Deutschland und Österreich am meisten, aber mit ihnen auch die anderen Völker Europas leiden. Dafür gibt es nur einen Weg, auf den der ermordete Minister Rathenau auf seiner letzten Rede in Genau hingewiesen hat:

„Den Weg der freien und antizipierten Verständigung von

Volk zu Volk.“

Es ist etwa 4 Jahr vergangen seit der Konferenz von

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: H. Reiff; für die Anzeigen
und Reklamen: H. Dornau, sämtlich in Wiesbaden
Verlag u. Verlag der H. Schellenberg'schen Buchdruckerei in Wiesbaden
Sprechstunde der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Trauringe